

Umweltminister Franz Untersteller zu Besuch in Ostfildern

Vom Strom zur Wärme



Die Energiewende braucht Akteure vor Ort.

Foto: Dietrich

Umweltminister Franz Untersteller und die Landtagsabgeordnete Andrea Lindlohr haben die Photovoltaikanlage des Heinrich-Heine-Gymnasiums besichtigt und über Energiepolitik gesprochen.

Elf Anlagen zählt die Bürgerenergie Ostfildern inzwischen, sie hat sich auch an einer Windkraftanlage auf der Schwäbischen Alb beteiligt. Insgesamt hat sie seit dem Jahr 2011 rund eine Million Euro investiert. Im Jahr 2014 gab es einen Aufnahmestopp für neue Mitglieder, nun dürfen bei den wieder erlaubten Neueintritten höchstens vier Anteile zu 250 Euro gezeichnet werden.

Jürgen Fahrlaender und Armin Schnabel, die Vorstände der Bürgerenergie, sagten Umweltminister Franz Untersteller, wo die Genossenschaft der Schuh drückt. Da ist zum einen die Einspeisevergütung, die von knapp 29 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2011 rapide auf derzeit elf Cent gefallen ist. Der eigene Stromverkauf stellt eine hohe Einstiegshürde dar. Auf dem Dach der Grundschule in Ruit ist die Bürgerenergie einen neuen Weg gegangen und hat die Anlage an die Stadt verpachtet. Produziert die Anlage mehr Strom als vorab kalkuliert, gibt es zusätzlich zur Pacht etwas extra.

Noch etwas hemmt die Weiterentwicklung: Auf selbst produzierten Strom aus neuen Anlagen werden aktuell 30 Prozent der EEG-Umlage von derzeit 6,17 Cent pro Kilowattstunde fällig. Ab 2016 sind es 35, ab 2017 40 Prozent. Dieser Anteil ist auch aus Unterstellers Sicht zu hoch. „Mittelgroße Anlagen sind zum Erliegen gekommen.“ Die Vorstände klagten auch über die vielen Regeln: Die Genossenschaft muss ihre Mitglieder, da sie eine Dividende ausschüttet, über die Kirchensteuer informieren, ihr drohen zudem Einschränkungen nach dem Kapitalanlagegesetz. Doch hat die Bankenaufsicht Bafin schließlich eingesehen, dass eine Bürgerenergiegenossenschaft etwas anderes ist als eine Bank. „Die Ener-

gieewende ist kein reines Stromthema“, warb Untersteller für das Engagement der 149 Bürgerenergiegenossenschaften im Land auf neuen Gebieten. Der Umweltminister denkt an Nahwärmenetze und an die Sanierung öffentlicher Gebäude, die über die Energieeinsparung amortisiert werden. Für die Nahwärme werde im Herbst ein neues Förderprogramm aufgelegt. Mit seinen Vorstoß stieß Untersteller bei Oberbürgermeister Christof Bolay, der Aufsichtsratsvorsitzender der Bürgerenergie Ostfildern ist, auf offene Ohren, „denn Strom allein wird nicht reichen.“

Der Aufwand für die Bürgerenergie steigt. „Anfangs war es einfach“, sagte Heinz Fohrer, der Vorstand der Volksbank Esslingen. „Doch das Thema ist immer komplexer geworden.“ Das erste EEG-Gesetz hatte zehn Seiten, aktuell sind es 200 Seiten. Neu ist etwa die Entwicklung, nicht nur gelieferten Strom, sondern auch das Vorhalten von Kapazitäten zu vergüten. Sonst kann es sein, dass ein Gaskraftwerk, das dann einspringt, wenn Wind- und Solarkraft ausfallen, nicht wirtschaftlich ist. Wird es deshalb nicht gebaut, wird womöglich weiterhin die besonders umweltschädliche Kohle genutzt.

Bei allen Herausforderungen nannte Andrea Lindlohr die Bürgerenergie und ihre Anlage auf dem Dach des Gymnasiums ein „Vorzeigeprojekt“. Bolay verwies darauf, dass die Genossenschaft für die Stadt ein Baustein unter vielen ist. „Wir haben die Straßenbeleuchtung mit guter Rendite auf LED umgestellt, einen Klimaschutzmanager eingestellt, eine Schule Kohlendioxid-neutral gebaut und die Kläranlage umgebaut“, sagte er.

Untersteller betonte, die Energiewende lebe nicht „von klugen Konzepten aus der Ministerstube“, sie brauche die Akteure vor Ort. Das Land werde mit Mitteln der europäischen Regionalförderung als erstes Bundesland zwölf Energieberatungszentren für kleine und mittlere Unternehmen einrich-